

Innen- und Rechtsausschuss des Landtags Schleswig-Holstein
Landeshaus, Düstenbrooker Weg 70
24105 Kiel
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Prof. Dr. Andreas Beelmann
Direktor

Humboldtstraße 11
07743 Jena

Telefon: 0 36 41 9-45901

E-Mail: andreas.beelmann@uni-jena.de

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/5635**

Jena, 9. April 2021

Stellungnahme zu dem Antrag „Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein“ (DS 19/2641)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Anschreiben vom 1. Oktober 2019 bitten Sie das KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena um eine Stellungnahme zu dem Antrag „Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein“ der SPD-Fraktion im Rahmen der derzeitigen Ausschussberatungen zur Drucksache 19/2630. Ich bedanke mich für Ihr Interesse und erlaube mir zu dem Antrag folgende Anmerkungen:

Aus dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG und einer Reihe weiterer Rechtsnormen ergibt sich für den Staat eine Verpflichtung, seine Bürger*innen vor Ungleichbehandlungen durch seine Organe zu schützen. Der Gesetzgeber sollte daher Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, zu einer Eindämmung diskriminierender Handlungen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beizutragen. Das ist umso wichtiger, als Menschen, die im Bereich Ämter und Behörden von Diskriminierung betroffen sind, sich „oft in finanziell oder gesundheitlich schwierigen Situationen befinden und auf Hilfe des staatlichen Sozialsystems angewiesen“ (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017: 122), also in der Regel besonders schutzbedürftig sind. Leider ist die Datenlage hinsichtlich der Verbreitung von Diskriminierungserfahrungen in öffentlichen Institutionen noch immer sehr mangelhaft. Das in dem Alternativantrag der SPD-Fraktion formulierte Anliegen, die Verbreitung diskriminierender Handlungen nicht nur innerhalb der Landespolizei, sondern in sämtlichen Landesbehörden durch eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung untersuchen zu lassen, ist daher sehr zu begrüßen. Dies gilt ebenso für die in dem Antrag angeregte Evaluation von Maßnahmen zur Eindämmung von Diskriminierung in der öffentlichen Verwaltung.

Eine empirische Studie, die die Verbreitung aller Diskriminierungsformen, die unter dem Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit subsumiert sind, innerhalb der öffentlichen Verwaltung eines deutschen Bundeslandes systematisch untersucht, existiert meines Wissens noch nicht. Allerdings weisen diverse Erhebungen, die die Erfahrungen einzelner von Diskriminierung betroffener Gruppen mit Ämtern und Behörden abgefragt haben, und die Berichte staatlicher Stellen, die Betroffene durch Beratungsangebote unterstützen, seit langem darauf hin, dass Diskriminierung in



der öffentlichen Verwaltung keineswegs ein Randphänomen darstellt. So berichtet z.B. die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass 16 Prozent aller von ihr bearbeiteten Beratungsanfragen Diskriminierungen im Bereich Ämter und Behörden betreffen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017: 120). Eine Untersuchung zur Situation von Geflüchteten in Thüringen, die unser Zentrum im Jahr 2017 durchgeführt hat, hat gezeigt, dass 44 Prozent der befragten Geflüchteten beklagen, im Kontakt mit Behörden, Ämtern oder anderen staatlichen Institutionen Diskriminierung erfahren zu haben (Beelmann et al. 2019: 96). In einer weiteren Studie zum gesellschaftlichen Zusammenleben von Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die derzeit im Erscheinen ist, zeigen wir, dass Diskriminierungserfahrungen auch an öffentlichen Hochschulen keineswegs eine Seltenheit sind: Knapp 23 Prozent der von uns befragten Studierenden haben angegeben, in den vergangenen zwei Jahren an der Universität oder in deren Umfeld Diskriminierung erfahren zu haben (Beelmann et al. 2021, i.E.). Genauere Informationen darüber, wie häufig, in welcher Weise und in welchen Kontexten Bürger*innen Diskriminierung erleben, wenn sie mit Behörden und Ämtern in Kontakt kommen, sind aus unserer Sicht eine Voraussetzung für die Entwicklung von geeigneten Methoden zur gezielten Eindämmung von Diskriminierung in öffentlichen Institutionen. Eine vom Land Schleswig-Holstein in Auftrag gegebene Studie könnte hier Pionierarbeit leisten.

Ich möchte allerdings zu bedenken geben, dass die Durchführung einer Studie, die nicht nur das „Werteverständnis“ der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern auch „die Entwicklung und Verbreitung diskriminierender Handlungen in sämtlichen Landesbehörden“ untersuchen – sowie zusätzlich hierzu eine Evaluation vorhandener und die Konzeption weiterer „Methoden zur Stärkung der Mitarbeiter*innen im Öffentlichen Dienst des Landes SH gegen menschenverachtende Verhaltensweisen“ leisten – soll, einen sehr hohen Aufwand erfordert. Da die Fragestellung nicht nur die Befragung einer Vielzahl von Beschäftigten in einer Vielzahl von Behörden, sondern auch die Befragung von Bürger*innen, die mit diesen Behörden in Kontakt kommen, erfordert, wird allein schon die Rekrutierung der Teilnehmer*innen für die Befragung erhebliche Ressourcen binden. Eventuell könnte über eine Eingrenzung der Fragestellung und des Untersuchungsobjekts nachgedacht werden. Z.B. könnte eine Fokussierung auf einige untere Landesbehörden sinnvoll sein, da der Kontakt zu den Bürger*innen hier in der Regel sehr viel intensiver ist.

Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Beelmann



Zitierte Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017): Diskriminierung in Deutschland. Dritter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. Berlin:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes. URL:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/ge-meinsamer_bericht_dritter_2017.html [eingesehen am 25.03.2021].

Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J., Schmidtke, F., Lutterbach, S. & Schulz, A. (2019): Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena. URL: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tmi.pdf> [eingesehen am 25.03.2021].

Beelmann, A., Thinius, J., Althaus, K., Michelsen, D. (2021, i.E.): Das soziale Klima an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Eine Studie zum Wohlbefinden und Diskriminierungserleben von Studierenden. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena.